4. Jahrgang. Nr. 16.

Danzig, Sonnabend, den 19. Januar 1867.

Diese Zeitung erscheint täglich mit Ausnahme der Sonn- und Festtage. — Alle Königl. Post-Anstalten nehmen Bestellungen auf diese Zeitung an. In Danzig: die Expedition, der Westpreußischen Zeitung, Hundegasse 70. Vierteljährlicher Abonnements-Preis: für Danzig 1 Thlr.; bei allen Königl. Post-Anstalten 1 Thlr. 5 Sgr.
Monats-Abonnements 12½ Sgr.

West-



Preußische Zeitung.

Nr. 16. 4. Jahrgang

Danzig, Sonnabend, den 19 Januar 1867.

Insertions-Gebühren: die Petit-Spaltzeile oder deren Raum 1 Sgr.
Inserate nehmen an:
in Berlin: A. Retemeyer's Central-Annoncen-Bureau, Breitestr. 2,
in Hamburg, Frankfurt a. M. u. Wien: Haasenstein & Vogler,
in Leipzig: Illgen & Co.,
in Danzig: die Expedition der Westpreuß. Zeitung, Hundegasse 70.
Einzelne Nummern 1 Sgr.

Quinet über Preußen und Deutschland.

In der französischen Presse macht gegenwärtig ein langer Klageschrei des Philosophen Edgar Quinet, den die wachsende Größe Deutschlands beunruhigt, gewaltiges Aufsehen. Hr. Quinet hält mit der Ueberzeugung nicht zurück, daß die Deutsche Einheit nicht mehr verhindert werden könne; aber damit sie vollbracht werde, müssen die Deutschen alle Fragen der politischen Freiheit vertagen und sich nur mit der Schaffung des großen Deutschen Vaterlandes beschäftigen. Sie können es um so mehr, als sie weniger als die lateinischen Racen der Gefahr ausgesetzt sind, daß der militärische Geist Alles absorbire. Nicht ein Preußischer General, sondern Preußen hat die Schlacht von Sodowa gewonnen, der siebentägige Feldzug ist das Werk eines Volkes in Waffen, und dieses Volk ist es, welches an der Spitze Deutschlands bleiben muß. Alles was Preußen behindert, behindert den Fortgang der Deutschen Einheitsbestrebungen; folglich giebt es von jetzt an eine organische Solidarität zwischen Preußen und Deutschland. So wie die Schnelligkeit des Sieges über Oesterreich und seine Verbündeten verhinderte, daß sich eine Anbetung der Militärherrschaft bildete, so ist auch das Wesen des Deutschen Reiches durchaus progressiv. Dieses Reich besitzt in der That alle Elemente, um eine definitive Versöhnung der Ordnung und der Freiheit zu vollbringen; seine materielle Kraft ist eine Bürgschaft für die Ordnung, seine Wissenschaft und sein geistiges Leben eine Bürgschaft für den Fortschritt. Durch seine Elemente der Ordnung und der Freiheit wird Deutschland nicht nur eine große Macht mehr in der Welt sein, sondern auch eine germanische Aera der Aera der lateinischen Racen substituiren. Von dieser Idee ist jeder Deutsche beseelt und nur durch Preußen kann sie verwirklicht werden, — Die Nation, welche in Folge des Mangels an politischem Geiste am meisten durch die Ereignisse jenseit des Rheins überrascht wurde, ist die Französische, und sie hat nichts Eiligeres zu thun, als ihre militärischen Streitkräfte zu vermehren. Wie groß aber auch immer die Entwickelung der militärischen Streitkräfte Frankreichs sein möge, in moralischer werden sie denen Preußens niemals gleichkommen. Weshalb? Weil die Preußische Landwehr aus der Begeisterung für die Befreiung Deutschlands im Jahre 1813 hervorgegangen ist und durch diese Begeisterung zur sittlichen Gewöhnung wurde, während in Frankreich das Gesetz, das kalte Gesetz, der Sitte vorgehen und die neue Armee bilden wird. Wenn Frankreich, gestützt auf ein System von Allianzen, Deutschland bedrohte, wer wäre der natürliche Bundesgenosse des letzteren? Rußland — mit dem verbunden, Deutschland von Frankreich nichts zu fürchten hat, Es kann demnach sein Werk vollbringen." — Das ungefähr ist der Gedankengang des Herrn Quinet, welcher, wie schon angedeutet, darüber trauert, daß Deutschland in dem Maße steigt, als sein Vaterland Frankreich sinkt. Viele Sätze, die er sonst noch aufstellt, erinnern daran, daß er einer der Führer der revolutionären Partei ist. Das aber verschlägt uns nichts. Um seine Schrift richtig zu beurtheilen, muß man sich auf seinen Standpunkt stellen, und da können wir uns im Wesentlichen nicht über sie beschweren. Herr Quinet kennt übrigens Deutschland, dessen Geist und Sprache, und es gebührt ihm der Ruhm, schon vor länger als dreißig Jahren vorhergesehen und gesagt zu haben, daß Preußen nur auf den rechten Mann warte, um seine Mission zu erfüllen. Deshalb reklamirte er damals auch fortwährend die Rheingrenze, die zu erobern er damals noch für möglich hielt. Von diesem Gedanken ist er jetzt zurückgekommen. Heil für den Französischen Einfluß und die französische Machtstellung sieht er nur noch in demokratisch-politischen Institutionen. — Schließlich bemerke ich noch, daß Quinet in früheren Jahren mehrere Werke Deutscher Schriftsteller, u. A. die Werke Herders, ins Französische übersetzt hat.

Amtliche Nachrichten.

Se. Majestät der König haben Allergnädigst geruht:

Dem Kanzlei-Rath Otto Rohde bei dem Ministerium für Handel, Gewerbe und öffentliche Arbeiten den Charakter als Geheimer Kanzlei-Rath; und den in Privatdiensten stehenden Bergwerks-Direktoren Hugo von Krenski zu Rosdzin und Carl Mauve zu Kattowitz und dem Lehrer an der Berg-Akademie zu Berlin, Berg-Assessor Dr. Hermann Wedding, den Charakter als Berg-Rath zu verleihen.

Haus der Abgeordneten.

Donnerstag 17. Januar.
(Schluß.)

Abg. v. Flottweil: M. H., zunächst bedaure ich, daß ich durch meine harmlose Bemerkung den Herrn Abg. Schulze in eine solche Aufregung versetzt habe, welche seiner Sache entschieden Eintrag gethan hat. Obgleich ich den außerparlamentarischen Reden des Herrn Abgeordneten entschieden einen höheren Vorzug gebe, wie seinen parlamentarischen, so bin ich doch leider nicht in der Lage, immer ein Exemplar seiner gedruckten außerparlamentarischen Reden bei mir zu führen. Auch war bei mir der notorischen Unvollständigkeit unserer Bibliothek unbekannt, daß dieselbe ein Exemplar der gesammten Reden des Herrn Abg. Schulze besitze. Da ich dies jetzt in Erfahrung gebracht, so möchte ich den Herrn Abgeordneten bitten, mir ein Druck-Exemplar seiner Reden auf einige Zeit zukommen zu lassen, und werde ich mir sehr bald erlauben, diejenige Rede herauszufinden, welche ich meine und welche natürlich nicht diejenige gewesen ist, welche er citirt hat. Wenn der Herr Abgeordnete in der einen Rede das allgemeine Stimmrecht acceptirt hat, in einer früheren Rede aber, als Lassalle das allgemeine Stimmrecht als ein Argument für seine Bewegung hervorhob, im hiesigen Arbeiter-Verein sich dagegen ausgesprochen hat, so muß ich das ihm überlassen, ich selbst aber muß für den Augenblick bei meiner Behauptung stehen bleiben. Daß ich nicht sagen werde, der Herr Abgeordnete habe sich für das Gegentheil ausgesprochen, und für ständische Vertretung geschwärmt, das wird er mir wohl zutrauen. Es ist aber ein großer Unterschied, ob ich sage, er habe sich für das Gegentheil ausgesprochen, oder ob ich sage, er habe das, was ich behaupte, im Arbeiter-Verein erklärt, nämlich daß er das allgemeine Stimmrecht augenblicklich nicht für zweckmäßig und nicht für opportun für den Arbeiter halte. Noch eine persönliche Bemerkung habe ich gegen den Herrn Abgeordneten Löwe zu machen. Derselbe hat, wenn ich ihn richtig verstanden habe, im Eingang seiner Rede von Jemand gesprochen, welcher seinem Namen Alles verdanke, und trotzdem den Beamtenstand hier herabzusetzen bemüht wäre. Obgleich ich dem Herrn Abgeordneten Löwe nicht im Allerentferntesten das Recht zugestehen kann, über die Momente, denen ich meine Stellung verdanke, ein Urtheil abzugeben, so will ich ihm doch erklären, daß ich den Namen, auf welchen er hingewiesen hat, mit Stolz führe, weil er gerade mit den besten Sphären des preußischen Beamtenthums im innigsten Zusammenhange steht. Daraus geht hervor, daß es mir nicht im Entferntesten einfallen konnte und auch nicht eingefallen ist, auch nur ein Wort zu sagen, womit ich dem preußischen Beamtenstande zu nahe treten konnte. Ich habe gesagt, der preußische Beamtenstand sei von jeher der Träger der Intelligenz gewesen; wenn ich hinzugefügt habe, daß unser Volk auf demselben Gebiet so weit herangebildet sei, um auf demselben dem Beamtenstande Konkurrenz zu machen, so appellire ich an das Urtheil aller meiner Kollegen, ob darin eine Herabsetzung des Beamtenstandes liegen kann. Da ich, wie angedeutet, selbst mit Fleisch und Blut mit dem preußischen Beamtenstande zusammenhänge, so weise ich die Behauptung, daß ich dem Beamtenstande habe zu nahe treten wollen, schließlich nochmals entschieden zurück.

Abg. Schulze (Berlin) persönlich: Die Behauptung des Herrn Abgeordneten ist absolut unwahr. Ich habe in dem Arbeiterverein immer die Ausführung angegeben: Mit dem allgemeinen Wahlrecht allein wird die soziale Frage nicht erledigt, überhaupt nicht mit politischen Mitteln. Aber das allgemeine Wahlrecht ist nothwendig, weil es eine Vorbedeutung zur Lösung der sozialen Frage giebt. Was die Berichte der „Kreuzzeitung" über meine Reden betrifft, so sind sie durchaus nicht ein Evangelium der Wahrheit. Dem Herrn Abgeordneten bin ich sehr gern bereit, ein Exemplar meiner Ausführungen zu leihen; und er thut wohl daran, in den Sachen zu lesen; er kann daraus noch sehr Vieles lernen. (Allgemeine Heiterkeit.)

Hierauf erfolgt die namentliche Abstimmung. Für den Gesetzentwurf stimmen 178 (darunter unter Andern die Abgeordneten Graf Schwerin, Holzapfel, Strosser), gegen denselben 106 (darunter die Konservativen, beide Vincke 2c.)

Das Haus tritt in den zweiten Gegenstand der Tagesordnung, die Schlußberathung über den Antrag des Abgeordneten Lasker und Genossen auf Zustimmung zu dem von ihnen vorgeschlagenen Gesetz-Entwurfe zur Aufhebung der Beschränkungen des gesetzlichen Zinsfußes für Immobilien. Der Antrag des Referenten, Abgeordneter Graf Renard, geht dahin: Das Haus der Abgeordneten wolle beschließen: dem vorbezeichneten Antrage die verfassungsmäßige Zustimmung zu ertheilen.

Der Abg. v. Bethman-Holweg zieht seinen Antrag zu Gunsten des Lasker'schen zurück.

Berichterstatter Abg. Graf Renard: M. H.! Als ich vor mehreren Monaten als Referent von Ihnen die Aufhebung der Zinsbeschränkung für den Mobilar-Kredit verlangte, stand in mir die Ueberzeugung fest, daß bald auch der Immobilar-Kredit mit derselben Forderung vor dieses Haus treten würde. Die eingebrachten Anträge beweisen, daß das Grundeigenthum dieselbe Emancipation verlangt. Auf volkswirthschaftlichem Gebiete giebt es weder Sympathien noch Antipathien, nach denen eine Partei ihre Maßnahmen richten könnte. Hier giebt es nur ein absolutes Dogma, die Zweckmäßigkeit. Die Hypothekenordnung des Hrn. Justizministers scheint schon jetzt eine Seeschlange zu sein. (Heiterkeit.) Ich kann mich der Besorgniß nicht verschließen, daß auch diese Reform auf den allgemeinen Blitzableiter, den Norddeutschen Bund, vertröstet werden soll. (Heiterkeit.) Ich verspreche mir weder vom Justizminister noch von dem Handelsminister eine große Reform in dieser Sache. Es ist daher Pflicht der Gesetzgebung, diesen Uebelstand durch Ihre Intitative zu beseitigen, die Gefahren zu mildern und möglichst abzuwenden. Ohne mich auf die prinzipielle Auseinandersetzung der national-ökonomischen Frage einzulassen, will ich eine kurze praktische Illustration geben. Wenn ich für eine unkündbare Hypothek von 1000 Thlr. 7 pCt. zahle, und bei einer solchen zu 6 pCt. 10 pCt. Damno gebe, so komme ich mit ersterer nach drei Jahren doch billiger weg. Hier in Berlin sind mir einige Daten über den Zeitraum vom Dezbr. 1865—67 zugegangen, wonach in diesem Jahre weit über 5 Millionen, das Doppelte früherer Jahre, gekündigt worden ist. Ich kann Sie nur bitten, vermindern Sie nicht durch Ablehnung dieses Gesetzes die Steuerkraft des Landes.

Abg. v. Wedemeyer: M. H. Wir sind darüber einig, daß der Grundbesitz sich in einer sehr übeln Laune befindet und auch darüber, daß durch die Aufhebung der Zinsbeschränkung oder wie ich lieber sage, durch die Einführung der Wucherfreiheit die Lage des Grundbesitzes verschlimmert ist. Wir sind nur über die zur Abhülfe zu ergreifenden Hülfsmittel verschiedener Meinung. Die Belastung der Hypotheken ist nicht, wie ein anderes Darlehn, eine vorübergehende, sondern eine dauernde. Der Besitzer der Hypothek ist theilweise Besitzer der Rente des Grundbesitzes. Nach Aufhebung der Zinsbeschränkung hätte er das Recht, die Rente beliebig zu erhöhen und er würde es so weit bringen können, daß er die Rente allein hat. Für den Kapitalisten muß es einen triftigeren Grund geben, dem Grundbesitz Kapital zuzuführen. Dieser kann nur die Erhöhung des Zinsfußes bleiben, die er überall anstreben wird. Die Frage ist nur die Art der Ausführung. Wenn man eine nur vorübergehende Erhöhung verspricht, so könnte es dahin kommen, daß das Kapital für seinen eigenen Schaden gearbeitet hätte. Wenn Hr. Lasker von einem Uebergange spricht, so kommt mir das so vor, als wenn der Jäger einem gefangenen Fuchse das Fell über die Ohren zieht und auch von Uebergang spricht (Heiterkeit). Glauben Sie, daß die Kapitalisten blos der Zinsen wegen sich über die Hindernisse der Hypothekenordnung hinwegsetzen? Sie suchen die Aufhebung aller Hindernisse in der Aufhebung der Zinsbeschränkung, ich in einer besseren Hypotheken-Ordnung und dann in der Beschaffung von Kredit-Instituten für den kleineren Grundbesitzer.

Regierungs-Kommissar Geheimer Ober-Justiz-Rath Friedberg: Ich erkläre, daß mein Chef schon in nächster Zeit in der Lage sein wird, eine Vorlage über die Hypotheken-Ordnung zu bringen. Dem Herrn Berichterstatter entgegne ich, nicht die Absicht zu haben, das deutsche Parlament als Blitzableiter für diese Reform zu benutzen, sondern daß nur die Ansicht der Vertretung der beiden Häuser für diese Ordnung in Anspruch genommen werden soll. Die Regierung hatte schon bei der Vorberathung der Verordnung vom 12. Mai 1866 sich dahin ausgesprochen, daß sie bereit sei, die Hypothekenkapitalien von den Fesseln der Zinsbeschränkung zu befreien, wenn das Votum des Hauses gehört wäre. Durch das, was der Herr Abgeordnete eben sagte, wird sich die Regierung von dieser Bereitwilligkeit nicht abbringen lassen. Wenn aber die Regierung bereit ist, den Anträgen der beiden Herren beizustimmen, so bitte ich, den § 3 des Lasker'schen Entwurfs nicht anzunehmen. Die Verordnung vom 12. Mai ist nicht einmal überall publizirt, sie jetzt schon zu ändern, wäre gegen die Convenienz. —

Abg. Frhr. v. Eckartstein: Wie schlecht die besten Hypotheken in Berlin sind, wissen die Meisten; ich versichere, daß sie in den Provinzialstädten noch schlechter stehen. Schützen Sie daher die Wuchergesetze nicht. Ein anderer Grund ist der: Es giebt sehr viele Kapitalisten, die ihr Geld in industriellen Geschäften anlegen, besonders da sie durch die amerikanischen Papiere größere Renten ziehen. Kommt ein Grundbesitzer zu solchen Leuten, so wird ihm die Thür verschlossen und er ist genöthigt, an Häuser zu gehen, über die Sie mich schweigen lassen. Der Grundbesitzer wird systematisch ruinirt. Die Wucher-Gesetze schützen ihn nicht allein nicht vor hohen Zinsen, sondern sie sind es gerade, die ihn erst zu Grunde richten. Deshalb müssen wir sie sobald als möglich abschaffen, und ich freue mich, daß die Regierung bereit dazu ist. Man soll aber das Eine thun und das Andere nicht lassen. Neue Hypothekenordnung und Subhastationsordnung, aber auch Befreiung von der Zinsbeschränkung sind durchaus nöthig. Die beiden ersten sind streng juristische Fragen und da sich die Juristen noch darüber streiten, wird es noch lange dauern, ehe etwas zu Stande kommt. Bei der Zinsbeschränkung stimme ich mit dem Antragsteller überein in Bezug auf §§ 1 und 2 seines Antrages, schließe mich aber in Betreff des § 3 Dem an, was der Herr Regierungs-Kommissar angeführt hat und bitte deshalb diesen Paragraphen abzulehnen. Die Konservativen

wollen nur konserviren was wahrhaft gut ist, stimmen Sie deshalb für die beiden ersten Paragraphen des Gesetzes.

Ein Antrag auf Schluß der General-Diskussion wird angenommen. Es erhält das Wort als Antragsteller der

Abg. Lasker: Ich bin der Rede des Hrn. Abg. v. Wedemeyer mit großer Aufmerksamkeit gefolgt; es ist wahr und der Hr. Redner hat es recht hervorgehoben: das Kapital drängt sich zu dem Grundbesitz. Wir haben ein bestimmtes System von Hypotheken, erste, zweite und folgende Hypotheken: Der Unterschied zwischen der ersten und zweiten Hypothek ist der, daß man die erstere gegen einen geringeren Zinsfuß beschaffen kann, als die zweite; ja die zweite wird gar keine Abnehmer mehr finden. Der Kreditverkehr hilft sich durch das Hülfsmittel des Damno's, da in dem Augenblicke, wo man für die erste Hypothek schon 5 Prozent zahlt, die zweite auf gesetzlichem Wege nicht beschafft werden kann. Der städtische Grundbesitz kann zum Maßstabe dienen, weil derselbe beliebter ist als der ländliche, denn ein städtisches Grundstück kann den Besitzer leichter wechseln. Es sind mir gewisse Fälle mitgetheilt worden, daß das Stadtgericht in Berlin bei pupillarischer Sicherheit kein Darlehn unter 5 pCt. ausleiht. Viele Fälle sind mir mitgetheilt worden, wo die erste Hypothek in den besten Stadttheilen nicht unterzubringen war, es ist z. B. unter den Linden auf ein Grundstück von 60,000 Thalern Werth eine erste Hypothek von 12,000 Thlr. nur für hohe Prozente zu beschaffen gewesen. Eine Krisis nähert sich immer mehr. Das Land ist sehr betheiligt, welches seine Kapitalien auch in Berlin unterbringt, auf dem jetzt 265 Millionen Hypotheken ruhen. Wir gebrauchen eine neue Hypotheken- und Subhastations-Ordnung. Diese letzten schlage ich sogar höher an. Die Aufhebung der Zinsbeschränkung wird nur einen Theil des Uebels mildern. Die Aufhebung der Zinsbeschränkung erfordert nur zwei Ausnahmen: 1. Im Zins auf Zins, der gesetzlich verboten ist, 2. bei priviligirten Pfandleihern. Sollte § 3 abgelehnt werden, so müßte ich den ganzen Gesetzentwurf zurückziehen. Sie haben die dringendste Pflicht für die schwere Zeit, die herannaht, Abhülfe zu schaffen; nehmen Sie daher den ganzen Gesetzentwurf an.

Regierungskommissar Geh. Reg. Rath Eck: Mit Rücksicht auf eine Bemerkung des Herrn Abgeordneten Lasker habe ich nur noch anzuführen, daß nach der Ansicht der Regierung die Beibehaltung desjenigen unbeschränkten Kündigungsrechtes, welches in der Verordnung vom 12. Mai 1866 den Schuldnern vorbehalten ist, die Annahme des Gesetzes im Herrenhause allerdings erleichtern wird.

Berichterstatter Abg. Graf Renard: Sollte die Annahme des Entwurfes abhängig gemacht werden von dem § 3., so würde ich selbst den Herrn Antragsteller bitten, diesen § 3 fallen zu lassen.

Zur Spezial-Diskussion nimmt das Wort der

Abg. Wagener (Neustettin): Daß die Aufhebung der Zinsbeschränkung bei Hypotheken eine Folge der Aufhebung der Zinsbeschränkung im Mobilar Kredit sein müßte, ist durch das Beispiel Englands widerlegt. Der Herr Regierungs-Kommissar ist im Widerspruch wenn er sagte, es würden seitens der Regierung Mißstände nicht befürchtet, und trotzdem müßte § 3 abgelehnt werden, um den Mißständen vorzubeugen. Es ist von jener Seite viel Interessantes über verschiedene Manipulationen vorgetragen worden; aber die hängen mit der Zinsfußbeschränkung nicht zusammen. Meine Stellung ist die: daß ich mir einfach die Frage vorlege, warum der Hypotheken-Kredit schlechter steht. Der sonstige Kredit hat eine Form angenommen, die der Bequemlichkeit des Kapitales besser entspricht, als die schwerfällige Hypothek. In diesem Punkte müssen die Uebelstände des Hypothekenwesens angegriffen werden.

Es sind Amendements zu §1 von den Abgeordneten Graf Kleist und Graf Bethusy-Huc eingegangen sie werden verlesen.

Abg Graf zu Schwerin: Die Sache scheint mir zu wichtig zu sein; wir dürfen sie nicht überstürzen. (Sehr richtig!) Ich trage auf Vertagung an. (Allseitige Zustimmung).

Präsident: Ich hatte beabsichtigt, auf morgen keine Sitzung anzusetzen; da können wir die heutige Tagesordnung erledigen, wenn wir um 12 Uhr eine Sitzung beginnen. (Ruf: „10" Uhr.) Ich werde die Sitzung um 10 Uhr ansetzen, und den Rest der heutigen Tagesordnung zur Diskussion stellen. (Schluß der Sitzung 4 Uhr Nachm.)

Haus der Abgeordneten.

Freitag, 18. Januar.

In der heutigen (55.) Sitzung des Abgeordnetenhauses waren nur zwei Regierungs-Kommissare am Ministertisch erschienen. Die Tribünen waren sehr spärlich, die Plätze im Hause lückenhaft besetzt. Das Haus tritt sofort in die Tages-Ordnung, die Fortsetzung der Berathung über den Antrag des Abg. Lasker wegen Aufhebung der Zinsbeschränkung für Hypotheken. Das Haus tritt darauf in die Spezial-Diskussion. Es liegen die gestrigen Amendements von den Herren Graf Bethusy und Graf Kleist vor, ebenso ein neues Amendement des Abg. Lasker zu § 3, welches die Kündigungsfrist der Hypotheken regelt. Der erste Redner ist der Abg. Michaelis (Stettin): Schon vor 5 Jahren hat sich das Haus mit diesem Gegenstande beschäftigt. Damals hielt man sich von der rechten Seite nicht an den Thatsachen, gestern ist dies jedoch geschehen. Hr. v. Wedemeyer hat sehr richtig den Hypothekar- und chirographischen Kredit unterschieden, aber dieser Umstand spricht nicht für Hrn. Wedemeyer's Ansicht. Von der Möglichkeit, Kapitalien zu beschaffen, ist die Sicherheit der hypothekarischen Darlehen abhängig. Die Lage des Hypothekengläubigers ist wesentlich ungünstig. Grundstücke werden mit geringer Anzahlung verkauft und dann die Restschuld häufig sehr bald gekündigt, um einen höheren Zinsfuß zu erlangen. Dadurch geräth der Besitzer in Verlegenheiten. So lange die Zinsbeschränkung bestand, wurde der leichtsinnige Ankauf der Grundstücke mit kleinen Anzahlungen erleichtert, die Krisen in dem Hypothekenverkehr vermehrt herbeigeführt. Die Regierung hat sich nur gegen § 3 erklärt. Es handelt sich hauptsächlich darum, die Befugniß des Schuldners in einer Frist von 3 Monaten zu kündigen. Diese Kündigung ist aufgenommen in Rücksicht auf chirographische Forderungen. Die Damno-Beschränkungen müssen unnöthig gemacht werden, darauf kommt es an. Der Grundbesitzer, der genöthigt ist, ein Kapital zu höherem Zinsfuß aufzunehmen, wird es sogleich wieder kündigen, wenn er es billiger haben kann, und bringt den Kapitalisten in Verlegenheit. Das Amendement Lasker hilft hier aus. Damno-Geschäfte werden nicht vermieden werden, weil ein großer Theil des Publikums sich vor Kündigung sichern wird, und dies geschieht dadurch, daß für die Hypothek nicht die volle Valuta gezahlt wird. Je kürzer die Kündigungsfrist ist, um so geringer ist der Vortheil des Gesetzes; mit der Steigerung der Dauer der Frist steigen auch die Vortheile des Grundbesitzes; unter allen Umständen wird die Befreiung illusorisch, wenn die Kündigungsfrist nicht 6 Monate trägt.

Abg. Graf Kleist vertheidigt sein Amendement. Das Benefizium, welches den chirographarischen Schuldnern durch die Verordnung vom 12. Mai v. J. gegeben worden, muß auch den Hypotheken erhalten bleiben. Mit Rücksicht auf das Amendement des Hrn. Abg. Lasker ziehe ich jedoch mein Amendement zurück und bitte Sie, das letztere anzunehmen.

Abg. Graf Bethusy-Huc zieht sein Amendement aus gleichen Gründen zurück.

Abg. Bethmann-Hollweg führt aus, daß nur durch die vollständige Freiheit in seinen Kredit- und Besitz-Verhältnissen der Grundbesitz im Stande sein werde, sich auf eine solide Basis zu stellen; auf welcher sich z. B. der Grundbesitz in den westlichen Provinzen befinde. — Abg. v. Wedemeyer erachtet für durchaus nothwendig, die Kündigungsfrist auf mindestens 1 Jahr festzusetzen.

Abg. Lasker führt zur Motivirung seines Antrages an, daß nach seiner Erfahrung die Kündigungsfrist sich von selbst auf 6 Monate festgestellt habe. — Wenn auch das Damno leider durch dieses Gesetz nicht werde aus der Welt geschafft werden können, so habe es doch den Vortheil, daß der Schuldner mit dem Gläubigen direkt in Verbindung treten könne.

Reg.-Komm. Geh. Rath Friedberg erklärt, daß das Amendement Lasker, welches die dreimonatliche Kündigungsfrist auf eine sechsmonatliche erhöhe, den Anschauungen und Wünschen der Regierung entgegen käme. Er könne die Erklärung abgeben, daß die Regierung, wenn das Gesetz in der amendirten Form angenommen werden sollte, bemüht sein werde, diesem Entwurfe im anderen Hause Eingang und Annahme zu verschaffen. (Bravo!)

Der nächste Gegenstand der Tagesordnung sind Wahlprüfungen. Zuvor erbittet sich der Abg. Graf zu Eulenburg als Regierungs-Commissarius das Wort: Ich habe nicht den Auftrag, mich bei der bevorstehenden Wahlprüfung zu betheiligen, sondern einen Gegenstand zu erledigen, der mit der Wahlprüfung nur in einem entfernten Zusammenhange steht. Als es sich um die Prüfung der Wahlen in den Kreisen Oletzko, Lyk und Johannisburg im vorigen Jahre handelte, erklärte der Abg. Krieger (Goldap) u. A., daß die dortigen Polizeiverwalter vor der Wahl im Kreise umhergefahren seien und denjenigen Wahlmännern, welche Wehrmänner sind, gedroht hätten, daß sie im Falle einer regierungsfeindlichen Wahl die Ordre zu ihrer Einziehung bereits in der Tasche hätten. In Folge dieser Bemerkung sind sämmtliche Polizei-Verwalter in Goldap, Lyk und Stallupönen vernommen worden, und man hat sich bemüht zu ermitteln, ob die Behauptungen des Hrn. Abgeordneten richtig waren. Nichts von alledem hat sich ergeben (hört, hört!); es war nicht einmal möglich, eine Thatsache zu ermitteln, den Entstehung auch nur zu einer solchen Behauptung führen konnte. Es bleibt deshalb nichts weiter übrig, als eine Anfrage an den Herrn Abgeordneten, ob er geneigt oder im Stande wäre, der Regierung die Mittel an die Hand zu geben, gegen die betreffenden Beamten nach der Strenge des Gesetzes einzuschreiten. (Bravo rechts.)

Abg. Krieger (Goldap): Es hätte nicht dieser feierlichen Form bedurft, (oh!) die Staatsregierung hätte es sich viel leichter machen können, wenn sie ihre Anfrage sofort an mich gerichtet hätte. Die Mittheilung ist mir von durchaus glaubwürdiger Seite zugegangen; ich halte meine Aufgaben vollkommen aufrecht und werde außerhalb des Hauses bei einer zu veranlassenden gerichtlichen Untersuchung den Beweis der Wahrheit führen.

Regierungs-Commissarius Graf zu Eulenburg: Wenn der Abg. meint, daß die Regierung nicht den richtigen Weg, die Wahrheit zu ermitteln, eingeschlagen habe, so muß ich dies zurückweisen. Wenn der Abg. nicht die Güte haben will, der Regierung die Namen zu nennen, so wird sie sehr dankbar sein, wenn er auf dem von ihm angedeuteten Wege, den ich noch nicht recht verstehe, dazu beitragen will die Wahrheit zu erhärten.

Nach einer Bemerkung des Abg. v. Hoverbeck wird dieser Gegenstand verlassen und nun in die Wahlprüfung eingetreten.

Berichterstatter Abg. v. Waligorsky: Es handelt sich um die Wahlen der Abgeordneten v. Brandt und v. Hippel, die früher bereits beanstandet worden sind. Inzwischen haben die erbetenen Ermittelungen stattgefunden und die vernommenen Lehrer haben eidlich ausgesagt, daß sie durch das Rescript des Ober-Regierungsraths Siehr sich nicht in ihrer Abstimmung haben verleiten lassen. Die Majorität der Abtheilung hat aber aus den Protokollen entnehmen zu können geglaubt, daß doch eine bedrohliche Einwirkung stattgefunden, und sie beantragt: 1. die Wahlen der Herren v. Brandt und v. Hippel für ungültig zu erklären; 2. die Wahlen sämmtlicher Lehrer, soweit sie die genannten Herren gewählt haben, zu kassiren; sämmtliche Wahlen der Landwehrmänner in Oletzko ohne Ausnahme zu vernichten. Die Minorität der Abtheilung beantragt: die Wahlen zu beanstanden, bis über zwei Punkte, namentlich in Betreff des Wahlmanns Alexander nähere Auskunft ertheilt worden ist..

Von dem Abg. Grafen Westarp ist hierzu folgender Antrag gestellt:

Das Haus der Abgeordneten wolle beschließen:

1. Die Wahl der Abgg. v. Brandt und v. Hippel nochmals zu beanstanden. 2. Durch Vermittelung der königlichen Staatsregierung 1. die Untersuchungsakten wider den Gutsbesitzer Strehl wegen Verleumdung des Landraths Frenzel von dem königlichen Kreisgericht zu Lyk einzufordern; 2. die in der vorstehenden Untersuchungssache von der königlichen Staats-Anwaltschaft und von der Vertheidigung beantragten und bisher noch nicht gehörten Zeugen eidlich vernehmen zu lassen; 3. bei dem königl. Kreisgericht zu Lyk und Johannisburg wider den Gutsbesitzer Alexander zu Belzonzen bei Biala etwa vorhandene Untersuchungsakten einzufordern.

Ferner ist von dem Abgeordneten Jung beantragt: Alle Wahlmännerwahlen in dem Kreise Oletzko zu kassiren.

Zunächst erhält das Wort der

Abg. v. Kardorff (nachdem er die Mitglieder der 2. Abtheilung wegen seines irrthümlichen Ausbleibens in der letzten Sitzung um Nachsicht gebeten): Was das Historische dieser Wahlprüfung hier im Hause betrifft, so hatte trotz eines Protestes in den Wahlakten, daß der Ober-Regierungsrath Siehr die Lehrer unberechtigt beeinflußt, die Landräthe, die Schulzen terrorisirt hätte und einzelne Wahlbezirke tendenziös zerrissen seien, damals die 2. Abtheilung mit überwiegender Majorität die Gültigkeit der Wahl empfohlen, weil, wenn man die Stimmen sämmtlicher Schulzen und Lehrer, welche für den Gewählten gestimmt, und die Stimmen aus den angeblich zerrissenen Urwahlbezirken abzog, dennoch die absolute Majorität für die gewählten Abgeordneten verblieb. (Hört! rechts.) Später kam ein zweiter Protest zu den Akten, nach welchem der Landrath Frentzel kurz vor der Wahl zu versammelten Wahlmännern die Aeußerung gethan, er habe 80 Einberufungs-Ordres bekommen, würde aber diejenigen Wahlmänner, welche die Landräthe von Brandt und von Hippel wählten, reklamiren. Das Abgeordnetenhaus beschloß damals, über beide Proteste den Beweis erheben zu lassen, und nachdem das jetzt geschehen, komme ich zunächst auf die angebliche Beeinflussung der Lehrer durch den Ober-Regierungsrath Siehr zurück. Sämmtliche Lehrer haben ausgesagt, daß sie nicht beeinflußt seien; es sei ihnen ein Reskript (welches der Herr Referent mitgetheilt) vorgelesen, eine persönliche Beeinflussung des Ober-Regierungs-Raths Siehr aber, als ob dieser mit den Einzelnen persönliche Rücksprache genommen. wie es ursprünglich aus dem Proteste schien, ist von ihnen allen negirt. In dem Reskript selbst kann ich eine Beeinflussung nicht finden, höchstens eine solche in der mildesten Form, denn wenn die Lehrer darin aufgefordert waren, königstreu zu wählen, so nimmt ja die Partei, die der Herr Referent angehört, diese Hindeutung für sich in Anspruch. (Sehr richtig! rechts.) Wenn die Lehrer weiter zur Unterstützung der Intentionen der Regierung aufgefordert waren, so bezogen sich diese damals auf den Krieg gegen Oesterreich und die großartige Nationalpolitik, welcher Sie selbst ihre Anerkennung gezollt, und wenn ein Beamter in der Stellung des Oberregierungsraths Siehr dazu ein derartiges Reskript erließ, so kann man ihm das vom national-patriotischen Standpunkte nicht sehr verdenken. Vom parlamentarischen Standpunkte hätte aber mindestens nachgewiesen werden müssen, daß das Reskript den Effekt gehabt hätte, daß ein Lehrer, welcher früher liberal gewählt, jetzt etwa anders gewählt; wenn man jetzt daraus die Berechtigung herleiten will, die Wahlen der sämmtlichen Lehrer zu kassiren, um so mehr, als selbst nach dieser Kassirung die gewählten Abgeordneten immer noch die absolute Majorität behalten. Wenn sie aber das Hauptgewicht auf den zweiten Protest, wonach der Wahlmann Alexander jene Aeußerung des Landraths Frentzel gehört, legen, so scheint doch aus dem verlesenen Schreiben des Hrn. Staatsanwalts hervorzugehen, daß der Hr. Alexander, der dart Krämer genannt wird und früher Gutsbesitzer war, eine bescholtene Vergangenheit hat. Außerdem, daß der ꝛc. Alexander nicht vertheidigt ist, muß ich darauf aufmerksam machen, daß er acht Wochen Zeit gebraucht, sich auf jene Aeußerung des Landraths Frentzel zu besinnen. (Hört! rechts.) Selbst wenn er sie aber wirklich gehört hatte, so will ich zum Beweise, wie leicht ein Irrthum möglich gewesen, an einige Vorfälle in diesem Hause erinnern. Z. B. hatte der Hr. Vincke dem Abg. Cassel, obwohl er unmittelbar vor ihm saß, in Bezug auf den Hrn. Prof. Pauli in Tübingen tadelnd verstanden, während sich nachher ergab, daß der letztere das Gegentheil gesagt. Ferner waren, als der Herr Finanzminister über den Verkauf der Köln-Mindener Eisenbahn sprach einige Herren, die dem Ministertische sehr nahe sitzen, der Meinung, er habe gesagt, daß er den Vertrag der qu. Bahn zur nachträglichen Genehmigung vorlege. — Nach der von dem Herrn Referenten verlesenen amtlichen Erklärung des Landraths Frentzel bin ich moralisch überzeugt, daß Letzterer jene Aeußerung nicht gethan hat; zumal der Abgeordnete Frentzel von seinem Namensvetter, nicht seinem Verwandten, bezeugt hat, daß derselbe ein offener und gerader Charakter sei. — Ich bitte daher, zunächst abzuwarten, bis dem Hause die Vernehmungsprotokolle der 21 Wehrmänner und die Strehlschen Prozeßakten vorliegen. — Schließlich kann ich indessen den peinlichen Punkt nicht verschweigen, daß der Protest, in welchem der Herr Alexander als Zeuge aufgerufen ist, von dem Gegenkandidaten des gewählten Abgeordneten, dem Herrn Ebhard Kamarowo, unterzeichnet ist, und nicht umhin, zu bemerken, daß, wenn an uns 8 Wochen nach der Wahl die Aufforderung zur Unterschrift eines Protestes gegen unseren siegreichen Gegenkandidaten käme, jedes Mitglied dieses Hauses antworten würde: Wenn ihr glaubt, durch den Protest die Wahl umstoßen zu können, so reicht einen solchen ein; verschont aber mich damit, um den Schein zu vermeiden, als hätte ich ihn angezettelt. Ohne natürlich Hrn. Ebhard Kamarowo eine derartige Absicht zuzuschreiben, scheint es mir gegen das Schicklichkeitsgefühl zu verstoßen, wenn man sich in dem Proteste selbst als das erachtet, was die Engländer einen Gentleman nennen. Aus Gerechtigkeitsgründen bitte ich daher, für die Beanstandung der Wahl zu stimmen, da die Kassation Ihnen vorbehalten bleibt, wenn sich die Thatsachen zuletzt anders stellen, und ich auch von Ferne den Schein von dem Hause abgewälzt sehen möchte, als ob bei Prüfung der Wahlen Parteileidenschaft mitgewirkt. Indem ich noch darauf aufmerksam mache, daß bisher nur konservative Wahlen kassirt sind (Heiterkeit und Zustimmung), bitte ich nochmals, namentlich im Interesse der Gerechtigkeit gegen den Landrath Frentzel: beanstanden Sie die Wahl! Die Kassation bleibt Ihnen immer noch (Lebhaftes Bravo! rechts.)

Abg. v. Saucken (Tarputschen): Das Reskript des Ober-Regierungs-Raths Siehr hat unter den Lehrern derartig Furcht erregt, daß selbst ein Lehrer, der vierzig Jahre im Amte ist und bisher stets mit der Fortschrittspartei stimmte, diesmal schüchtern an den Wahltisch trat und seine Stimme einem Konservativen gab. Bei solcher Beeinflussung muß man der Abtheilung beistimmen und die Wahlen für ungiltig erklären.

(Schluß folgt. — Die Beanstandung der Wahlen der Abgeordneten v. Brandt und v. Hippel und die Anstellung weiterer Ermittelungen wird mit 142 gegen 138 Stimmen beschlossen. — Gelegentlich der Petitionen wegen Aufhebung der Schuldhaft erklärt die Regierung, sie halte die Einbringung des bezüglichen Gesetzentwurfs jetzt für ungelegen.

In- und Ausland.

Preußen. □ Berlin, 18. Jan. Die wegen einer Vertretung der preußischen Gartenkunst auf der Pariser Weltausstellung geführten Verhandlungen sind nunmehr zu einem bestimmten Resultat gefördert. Das Pariser Comité hat ein an den preußischen Sector grenzendes Stück Land zur Anlage eines Gartens nach der Weise der preußischen Gartenkunst hergegeben. Man ist hier nun

bemüht der preußischen Gärtnerei Ehre zu machen und lassen sich die Gartenbau-Vereine angelegen sein, an ihrem Theil mitzuwirken, namentlich in Betreff der Gewächse für den Garten. Viele Mitglieder der Vereine erboten sich sofort, die Gewächse nach Paris zu senden, die zur schnellen Herrichtung einer geschmackvollen Anlage nöthig sind. Der vom Hofgärtner Meyer in Sanssouci entworfene Plan wird natürlich durch preußische Gärtner ausgeführt werden, deren Auswahl dem Professor Koch übertragen worden ist. Das Pariser Comité hatte bekanntlich den Wunsch ausgesprochen, eine Darstellung unseres ländlichen Unterrichtswesens zur Ausstellung zu bringen; das Cultusministerium beschloß hierauf, ein wirkliches Schulhaus hinzustellen, welches alles enthalte, was zu den Einrichtungen des ländlichen Elementar-Unterrichts gehört. Dieses Schulhaus soll nun in dem Garten aufgebaut werden, welcher die preußische Gartenkunst bei der Pariser Weltausstellung anschaulich machen wird. Es wird darin auch die Reiterstatue des Königs Wilhelm prangen, die für die Kölner Brücke bestimmt ist. In dem Garten wird sich außerdem ein maurischer Pavillon befinden, welchen der durch hervorragende Berliner Bauten rühmlich bekannte Herr v. Diebitisch dort zu errichten beabsichtigt. — Es ist hier auch wieder der Gedanke angeregt, den hiesigen Dombau weiterzuführen und zur Vollendung zu bringen. Man will dabei die Methode des Cölner Dombau-Vereins anwenden, welcher die bekannte Lotterie in's Leben rief. Die Idee einer ähnlichen Lotterie für den vorgedachten Zweck fand in geachteten Kreisen bereits erfolgversprechenden Anklang. — Für die Wahlen zum norddeutschen Parlament hat sich hierselbst ein Central-Wahl-Comité aus den Kreisen der Bürgerschaft gebildet, welches entschiedene Abstandnahme von jedem Parteistandpunkte als leitenden Grundsatz aufstellt. Es will alle Wähler um sich vereinigen, welche entschlossen sind, das nationale Werk ohne jede Rücksicht auf die Schranken des Parteiwesens zu fördern. Das Comité, welchem sich u. A. die Herren Mendelssohn, Bleichröder, Scabell anschlossen, besteht aus Mitgliedern, welche in Gemeinschaft mit der Regierung den norddeutschen Bund befestigen und zum glücklichen Ziele führen wollen und diesem Willen auch den entsprechenden Ausdruck und wirksame Folge zu geben befähigt sind. Daß sich gegenwärtig aus der Initiative der Berliner Bürgerschaft eine Genossenschaft bildete und durch öffentlichen Aufruf das Streben kund gab, mit Aufrichtigkeit und Ernst den von der Regierung bezeichneten Zielen zugleich auch auf dem Wege, den die Regierung eingeschlagen, zuzustreben, — ist wahrlich keine blos zufällige Erscheinung; denn wenn man auch den Erfolgen der preußischen Regierungspolitik wie überhaupt einer politischen Entwickelung nicht die Fähigkeit zuschreiben kann, die Vergangenheit ungeschehen zu machen, wenn es auch niemandem einfallen kann, daß die Gegensätze des Parteiwesens für beseitigt erklärt werden könnten, so hat das Erfassen der ruhmreichen Erfolge des vergangenen Jahres als der ausschließlichen Grundlage für die nächste norddeutsche Bundesgestaltung doch seine volle Berechtigung. Es wird dies vor Allem für die Wahlen zum Reichstage gelten dürfen, bei welchem es sich in der That nicht darum handeln kann, Parteigrundsätze zu verfechten. Freilich wohl hat man auch in Rücksicht auf die Parlamentswahlen Streitfragen dieser Art angeregt. Ob die Einheit der Freiheit oder die Freiheit der Einheit vorangehen müsse — solche Fragen beschäftigen die Gelehrten der Presse. — Wir können uns mit dieser Hereinziehung rein theoretischer Diskussionen nicht einverstanden erklären. Wir vermögen darin Nichts zu entdecken, was der Befestigung der deutschen Machtverhältnisse frommen könnte und auf diese scheint es uns jetzt ganz allein anzukommen. Was einig oder frei sein soll, muß — dies wird uns selbst vom Standpunkte der sublimsten Theorie nicht bestritten werden können — vor allen Dingen da sein. Der norddeutsche Bund ist aber noch nicht da; er soll erst geschaffen werden und die Wahlen, die jetzt im Werke, bilden ein Mittel zu seiner Schöpfung. Die Existenz ist Vorbedingung der Freiheit und Macht; über die Rangordnung dessen, was hinter dieser Vorbedingung liegt, ehe sie erfüllt ist zu streiten, scheint uns müssig zu sein. Wir begrüßen daher in dem gedachten Central-Wahl-Comitee mit Freuden ein Unternehmen, welches nur dazu beitragen kann, der praktischen Lösung die geeignete Anerkennung zu verschaffen. — Bei der bevorstehenden Ordensverleihung werden vor allen auch diejenigen Personen bedacht werden, die sich bei der Krankenpflege im letzten Kriege auszeichneten. Der Geheime Regierungsrath und Charitée-Director Esse, welcher als Mitglied der Lazareth-Commission wirkte, hat den Kronenorden zweiter Klasse erhalten. — Das Marine-Departement wird mehrere Seeoffiziere nach Paris zur Ausstellung schicken, da letztere dem Seewesen eine sehr umfängliche Vertretung zugedacht hat. —

Berlin. Auf den Zeitungsleser von Profession macht es einen sehr komischen Eindruck, wenn er sieht, wie sich in der journalistischen Presse seit Kurzem eine Kriegslust (nicht zum Kampfe mit Blut und Eisen, sondern nur mit der Feder!) entwickelt, die an Eifer nichts zu wünschen läßt, wohl aber sehr viel bezüglich der Motive. Wir meinen hier nicht die kürzlich veranstalteten großen Scheingefechte zwischen Redakteur und Mitarbeiter um Leben in die Zeitung zu bringen, sondern einen Artikel der „Kölnischen Zeitung", welche sich sonst von einer Polemik gegen Zeitungen ziemlich fern hält, in dem in der nachfolgenden Apostrophe, die außerordentlich viel Wahres und Treffendes enthält, gegen die „Volks-Zeitung" zu Felde gezogen wird. „Ein Blatt, welches nach den ungeheuersten Anstrengungen Preußens, nach den mit dem Herzblute seiner tapfern Söhne erfochtenen glorreichen Siegen alles Ernstes verlangen konnte, die Schleswig-Holsteiner sollten darüber abstimmen, wer in Schleswig-Holstein, die Hannoveraner, wer in Hannover herrschen sollte, obgleich es doch klar war, daß auf diese Weise die siegreichen Preußen durch bloße Stimmzettel unter Hohngelächter aus dem Lande herausgejagt und die ganze jetzige und zukünftige Weltgeschichte auf den Kopf gestellt werden würde, wenn die jedesmaligen Launen der Besiegten über das Schicksal der Sieger zu entscheiden berechtigt sein sollten — ein solches Blatt, sagen wir, sollte billigerweise wenigstens während eines ganzen Jahres das Wort „praktisch" nicht wieder in den Mund nehmen. Schließlich möchten wir der „Volks-Ztg." unmaßgeblich rathen, lieber nicht von sogenannten Particularisten zu reden, sondern von Particularisten. Die Particularisten bilden eine wirkliche Partei, die wenigstens weiß, was sie will, während Leute, die im Phrasennebel mit Stangen herumfahren, nur den Particularisten die Schleppe tragen, ohne zu wissen, was sie thun."

Frankreich. Paris, 17. Jan. (Tel. Dep.) Der „Abend-Moniteur" meldet: Der Eisenbahndienst zwischen Lyon und dem Mittelmeer hat gestern starken Schneefalles wegen eingestellt werden müssen. In Folge energischer Anstrengungen ist es jedoch gelungen, die Linien Lyon-Marseille und Lyon-Macon-Geneve heute wieder fahrbar zu machen.

Der indio-chinesische Postdampfer, dessen Abgang von Marseille in Folge des gestörten Eisenbahnverkehrs auf telegraphischem Wege inhibirt war, konnte nun noch rechtzeitig in See gehen.

Die „France" dementirt die Gerüchte von neuerlichen Bewegungen österreichischer und russischer Truppen nach Galizien.

Dem „Temps" zufolge, dringen mehrere Großmächte bei der Hohen Pforte darauf, daß dieselbe zur Berufung einer Konferenz wegen der orientalischen Angelegenheit die Initiative ergreife.

Marseille, 17. Jan. (Tel. Dep.) Der Eisenbahnverkehr zwischen Lyon und Marseille ist vollständig wieder hergestellt. — Die preußische Panzerfregatte „Prinz Friedrich Carl" ist gestern in Seyne unweit Toulon glücklich vom Stapel gelaufen. Die Behörden von Toulon und Marseille waren dabei vertreten. Der erwartete Flügeladjutant des Königs von Preußen war, durch den Schneefall aufgehalten, nicht eingetroffen.

Florenz, 17. Jan. (Tel.-Dep.) Der Finanzminister entwickelte heute in der Deputirtenkammer seine Vorschläge zur Deckung des Defizits von 185 Millionen (nicht 158 Millionen.) 85 Millionen wären nach denselben zu erzielen durch einzelne Abänderungen im Finanz- und Steuersystem. So soll die Auszahlung der Pensionen den Depotkassen übertragen und dadurch eine Ersparniß von 17 Millionen erzielt werden. Die Registrirungssteuer soll derart geändert werden, daß ihr Mehrbetrag 16 Millionen ergeben wird. Außerdem sollen Vorlagen erfolgen über eine Reform der Grundsteuer und der Steuer auf das bewegliche Vermögen sowie über eine Produktionssteuer, deren Ertrag der Minister auf 15 bis 20 Millionen veranschlagt. Weitere 30 Millionen soll die Mühlensteuer ergeben. Der Minister konstatirt die fortschreitende Vermehrung der Einnahmen und die stufenweise Abnahme des Defizits, welches im Jahre 1880 voraussichtlich nur noch 60 Millionen betragen und demnächst ganz verschwinden werde. Vom diesjährigen Budget blieben sonach noch 100 Millionen zu decken. Hierzu müsse man zu außerordentlichen Hülfsmitteln greifen. Da eine Anleihe unmöglich, so müsse man zu den geistlichen Gütern seine Zuflucht nehmen.

Der Minister kündigt eine Gesetzvorlage an, in welcher der Ertrag aus dem von der Geistlichkeit zu bewirkenden Verkaufe der Kirchengüter auf 600 Millionen Lire taxirt wird, eine Summe, welche genügen werde, die jährlichen Defizits bis zur Herstellung des Gleichgewichts im Budget zu decken. Der Minister hofft, die Geistlichkeit werde der Vorlage zustimmen, und erklärt sich schließlich mit dem Antrage des Abgeordneten Crispi einverstanden, wonach die Regierungsvorlage, betreffend die geistlichen Güter, für dringlich erklärt wird.

Schweden. Hjörring, 18. Jan. (Tel. Dep.) Die nach dem letzten Unwetter bereits fahrbar gemachten Wege sind auf's Neue von Schnee bedeckt, einzelne Häuser sind ganz unter dem Schnee begraben und die Kommunikation ist wieder vollständig gehemmt.

Dänemark. Kopenhagen, 18. Jan. (Tel. Dep.) Die Hamburger und schwedischen Posten vom 15., 16. und 17. d. sind ausgeblieben. Der Altonaer Eilzug wird Mittags wieder in Kolding eintreffen, von wo der Bahnverkehr nord- und südwärts offen ist.

England. London, 18. Jan. (Tel. Dep.) Die vom Kontinent erwarteten Posten sind, durch Schneeverwehungen aufgehalten, während 36 Stunden nicht eingetroffen.

Der aus Westindien gestern eingetroffene Dampfer „La Plata" hat unterwegs 26 Passagiere am gelben Fieber verloren.

Rumänien. Bukarest, 18. Januar. (Tel.-Dep.) Ein Dekret des Fürsten ermächtigt den Finanzminister, die Steuern zur Bestreitung der Staatsausgaben auf Grundlage des Budgets von 1866 provisorisch zu erheben.

Lokales und Provinzielles.

Danzig, 19. Januar

— (Handel.) Von den Stationen Cutno, Kolo und Alexandrowo langen für die Handlung Goldschmidt beträchtliche Sendungen Weizen per Eisenbahn hier an und werden größtentheils per Achse nach Neufahrwasser zur Schiffsverladung befördert. Die Abladefrist ist von der Eisenbahndirektion zwar von 12 auf 13 Stunden verlängert, indessen bei den kurzen Tagen nur mit Aufwand aller Kräfte innezuhalten.

— (Schifffahrt.) — Der bei Hela gestrandete englische Schraubendampfer Juno ist trotz aller angewendeten Mühe des Herrn J. Klawitter nicht vom Ufer abzubringen gewesen und hat von der Gewalt der Wellen und des Treibeises so gelitten, daß derselbe im Mittelschiff gebrochen und das Achterschiff zertrümmert ist. Die Maschine wird nunmehr stückweise am Ufer geborgen.

— (Maskenball.) Der Maskenball, welcher von Herrn Seitz am 2. Februar in den Räumen des Friedrich-Wilhelm-Schützenhauses veranstaltet wird, verspricht nach dem uns vorliegenden Programm einer der großartigsten zu werden. Von der Kapelle des 4. Ostpr. Grenadier-Regiments No. 5 unter Leitung ihres Musikmeisters Herrn Schmidt werden die neuesten und beliebtesten Tänze und die zu den Aufführungen, Quadrillen und Maskenscherzen gehörigen Musikstücke ausgeführt werden. Der Tanzlust ist in einer großen, freigehaltenen Ronde ein so weites, genügendes Feld eröffnet, daß kein Pärchen dieselbe unbefriedigt sehen wird. Wie in früheren Jahren, findet der Zutritt zum Saal nur maskirt statt, während die Zuschauer auf den Logen im Ballkostüm erscheinen dürfen. Für die Masken stellt die Garderobe des Herrn Charles Haby eine reiche Auswahl im Ball-Lokal zur Verfügung.

— (Benefiz.) — Das nächste Benefiz findet am Donnerstag, den 24. d. Mts., für Herrn Göbel statt, der das effectvolle französische Drama: „Das Irrenhaus zu Dijon" oder die Wahnsinnige von Bereau gewählt hat, in dem Frau Director Fischer eine Hauptrolle spielt. Bei der Beliebtheit des Benefizianten und der großen Anziehungskraft, die das Auftreten der Frau Fischer stets auf das Theaterpublikum ausübt, dürfte dem Herrn Göbel eine gute Einnahme gesichert sein.

— (Weichseltrajekt.) — Trajekt bei Culm per Kahn und theils zu Fuß über die Eisdecke bei Tag und Nacht. Bei Marienwerder zu Fuß über die Eisdecke bei Tag und Nacht. Bei Graudenz über die Eisdecke nur bei Tage.

Elbing. Die conservative Partei des Marienburg-Elbinger Wahlkreises stellt als ihren Wahl-Candidaten den Herrn Geheimen Regierungsrath von Brauchitsch auf Klein Katz auf.

Graudenz. Von dem polnischen Central-Wahlcomité in Westpreußen sind u. A. folgende Männer als Candidaten für das norddeutsche Parlament aufgestellt: 1) Kreis Löbau-Rosenberg, Hr. Rozycki auf Jacobkau, 2) Kreis Graudenz-Strasburg, Hr. v. Lyskowski-Miliczewo, 3) Kreis Thorn-Culm, Hr. Leon von Czarlinski, 4) Kreis Schwetz, Hr. Radkiewicz auf Briesen, 5) Kreis Marienwerder-Stuhm, Hr. v. Donimierski auf Buchwalde.

— Die Posten nach Warlubien werden, da die Eisdecke der Weichsel gut passirbar ist, von heute ab bei Tage und bei Nacht befördert, nur gehen dieselben ½ Stunde früher als planmäßig ab.

Königsberg. Die „Post" schreibt: Die „Zukunft" befindet sich in der unangenehmen Lage, berichten zu müssen, daß ihrem Gründer, Dr. Jacoby, in seiner Heimathsstadt Königsberg von einem „alten Freunde" nicht nur übel mitgespielt wurde, sondern daß er auch bei dem Versuche seiner Gesinnungsgenossen, ihn zum Kandidaten für das Norddeutsche Parlament zu nominiren, mit großem Pompe durchgefallen ist. — Charakteristisch ist übrigens bei dieser Versammlung, daß, obgleich bei der Abstimmung von 425 Anwesenden, nur 61 für Herrn Jacoby ihr Votum abgaben, diese 61 Gentleman doch bei der gegen den Dr. Jacoby gerichteten Rede des Dr. Falkson einen solchen Höllenlärm verursachten, daß dieser Herr abtreten mußte. Wir bewundern die Langmuth der Versammlung, welche sich von diesen 61 — Herren terrorisiren ließ, dieselben nicht vielmehr brevi manu zur Thüre hinauswarf. — Es scheint demnach, als ob der Prophet in seiner Heimath nichts mehr gelte, aber er darf sich trösten, es giebt in Berlin einen Wahlkreis, in welchem der Mann, der dem Nationalgefühl unseres Volkes zu wiederholten Malen ins Gesicht schlug, unter dreimaligem Hochruf zum Kandidaten nominirt wurde. Diesen Ehrgeiz der Bewohner des Köpnicker Feldes, für die Einzigen zu gelten, die ihre Kniee nicht beugten vor Baal, bezahlt die liberale Partei wahrscheinlich mit einem Sitze im Reichstag.

— Die „K. N. Z." vom 18. d. M. enthält eine Korrespondenz aus Insterburg, in welcher zunächst erzählt wird, daß unter denjenigen, welche sich verpflichtet haben, für den Kandidaten der konservativen Partei zu stimmen, auch zwei kürzlich erst gewählte und bisher für liberal gehaltene Stadträthe sich befänden. Es wird hierdurch nicht undeutlich zu verstehen gegeben, daß diese Wahl nur wegen der politischen Gesinnung geschehen sei, was zwar anderwärts auch der Fall ist, jedoch nicht gern so naiv eingestanden wird. Korrespondent bemerkt nun aber weiter, bei der Wahl, die bekanntlich eine geheime sein wird, könnten sich die Herren ja doch der Kontrole entziehen. Das ist doch eine einfache Aufforderung zum Bruche des gegebenen Manneswortes, auf welches ja sonst die Demokratie so viel pocht. Aber man sieht, zur Erreichung ihrer Zwecke ist ihr jedes Mittel genehm.

Handel und Verkehr.

Berlin, 18. Januar. (St.-Anz.) Weizen loco 72—89 Rt. nach Qualität, weißbunt poln. 85¼ Rt. ab Bahn bez., Lieferung pr. Januar 80 Rt. nominell, April-Mai 82—81¼ Rt. bez., Mai-Juni 82—81¼ Rt. bez., Juni-Juli 82 Rt. bez.

Roggen loco 79—84 ℔. 56¾—58¼ Rt. ab Bahn bez., pr. Januar 57—56¼ Rt. bez., Januar-Februar 56¼—55¾ Rt. bez., Frühjahr 56—55 Rt. bez., Br. u. G., Mai-Juni 56⅛—55¼ Rt. bez., Juni-Juli 56¼ bis 56 Rt. bez., Juli-August 55½—55 Rt. bezahlt.

Gerste, große und kleine, 46—54 Rt. pr. 1750 ℔. —

Hafer loco 26—29 Rt., schles. 28½ Rt., sächsischer 28¼—¾ Rt. ab Bahn bez., pr. Januar 27¾ Rt. Br., Januar-Februar —, Frühjahr 28⅝—¼ Rt. bez., Mai-Juni —, Juni-Juli 29 Rt. bez.

Erbsen, Kochwaare 60—68 Rt., Futterwaare 52—60 Rt. bez.

Rüböl loco, 12⅙ Rt. Br., pr. Januar 12—$^{1}/_{24}$ Rt. bez. Januar-Februar 11$^{13}/_{24}$—12 Rt. bez., Februar-März 11$^{23}/_{24}$ Rt. Br., April-Mai 12⅛ Rt., Mai-Juni 12⅙ Rt.

Leinöl loco 13½ Rt.

Spiritus loco ohne Faß 16$^{13}/_{24}$ Rt. bez. pr. Januar, Januar-Februar u. Februar-März 16$^{11}/_{12}$ Rt. bez. u. Br., ⅚ G., April-Mai 17¼—⅙ Rt. bez. Br. u. G., Mai-Juni 17$^{11}/_{24}$—$^{5}/_{12}$ Rt. bez., Juni-Juli 17⅔—¾ Rt. bez. u. Br. ²/₄ G.,

Danzig, 19. Januar 1867.

Bahnverkäufe.

Weizen, hellbunt, fein und hochbunt: 124/5 — 126 ℔. 97½, 100 — 99, 103 Sgr.; 127—129 ℔. 100, 105—102½, 106 Sgr.; 130,—131/2 ℔., 132—133 ℔. fein 105, 108½ Sgr. — Weizen bunt, dunkelbunt und abfallende Qualität 118/19/121/22 ℔., 87½, 89— 90, 90½ Sgr., 122/23—124/25 ℔. 92, 94—93, 94 Sgr., 126/27 ℔. 94, 96 Sgr. pr. 85 ℔. pr. Schffl. einzuwiegen.

Roggen, 120 — 122 ℔. 58 — 59 Sgr., 124—126 ℔., 60 — 61 Sgr., 127—128 ℔. 61½—62 Sgr., pr. 81⅚ ℔. preuß. Schffl. einzuwiegen.

Gerste, kl. Futter- 98/100 — 103/4 ℔. 46 46½—47½, 48, Sgr. pr. 72 ℔. pr. Schffl. einzuwiegen.— Gerste, kl. Malz- 102—104 ℔. 47½ — 49, 51, Sgr. 106 — 108 ℔. 51, 51½ — 52, 53 Sgr. 110 ℔. 52½ 53½ Sgr. pr. gemessenen Scheffel.— Gerste, große Malz- 105— ℔., 51 52½ Sgr. 107—110 ℔. 52½ 53½,—54, 55 Sgr. 112—114 ℔. 54½ 55½ — 56 Sgr. pr. 72 ℔. pr. Scheffel einzuwiegen.

Hafer 27½—30 31 Sgr. pr. 50 ℔. pr. Scheffel einzuwiegen.

Erbsen, weiße Koch 62½,— 64, 65 Sgr., abfallende 57 58—60 61 Sgr. pr. 90 ℔. pr. Scheffel einzuwiegen.

Spiritus: 16⅙ pr. 8000 % Tr. bez

Börsenverkäufe:

Zu unverändert festen Preisen sind heute 120 Last Weizen gehandelt worden.

Bedungen wurde: für 120 ℔. fl. 540, fl. 550, 118 ℔. hell fl. 555, 123/24 ℔. fl. 570, 119/20 ℔. hell fl. 575, 121 ℔., 122/23 ℔., 125/26 ℔. im Verbande fl. 585, 125 ℔. fl. 585, gut- und hellbunt 126 ℔. fl. 590, 124 ℔., 125 ℔. weiß fl. 600, 127 ℔. fl. 605, 128 ℔. fl. 615, 126/27 ℔., 127/28 ℔. fl. 620, 128 ℔. fl. 630, 128 ℔. fl. 632½, hochbunt 125/26 ℔. fl. 635 pr. 5100 ℔. pr. Last.

Roggen niedriger. 118 ℔. fl. 342, 122 ℔. fl. 354, 123 ℔. fl. 357 pr. 4910 ℔. pr. Last.

Hafer 73 ℔. fl. 180 pr. 3000 ℔. pr. Last.

Gerste kl. 91 ℔. fl. 240, gr. 109/10 ℔. fl. 318, 108 ℔., 111 ℔. fl. 324, 113 ℔. fl. 333 pr. 4320 ℔. pr. Last.

Erbsen weiße fl. 330, fl. 336, fl. 357, fl. 360, grün fl. 360 pr. 5400 ℔. pr. Last.

Berliner Börse vom 17. Januar 1867.

Wechsel-Course vom 16.

Amsterdam 250 fl. kurz	5	$143\frac{1}{2}$ bz
do. 2 Monat	5	143 bz
Hamburg 300 Mark kurz	4	$151\frac{3}{8}$ bz
do. 2 Monat	4	$150\frac{3}{4}$ bz
London 1 Lstrl. 3 Monat	4	6. $21\frac{5}{8}$ bz
Paris 300 Fr. 2 Monat	3	$80\frac{1}{2}$ bz
Wien 150 fl. 8 Tage	5	$74\frac{1}{8}$ bz
do do. 2 Monat	5	$75\frac{5}{8}$ bz
Augsburg 100 fl. 2 Monat	5	56.20 bz
Frankfurt 100 fl. 2 Monat	$3\frac{1}{2}$	56 24 bz
Leipzig 100 Thlr. 8 Tage	6	$99\frac{3}{4}$ G
do. 3 Monat	6	$99\frac{1}{6}$ G
Petersburg 100 R.3 Woch.	7	$89\frac{1}{4}$ bz
do. do. 3 Monat	7	$87\frac{3}{4}$ bz
Bremen 100 Thlr. 8 Tage	$4\frac{1}{2}$	$110\frac{1}{8}$ bz
Warschau 90 R. 8 Tage.	6	81 bz

Preußische Fonds.

Anleihe von 1859	5	$103\frac{5}{8}$ bz
Freiw. Anleihe	$4\frac{1}{2}$	$99\frac{1}{4}$ bz
St.-A. von 54—55, 57	$4\frac{1}{2}$	$99\frac{1}{4}$ bz
do. von 59	$4\frac{1}{2}$	$99\frac{1}{4}$ bz
do. von 56	$4\frac{1}{2}$	$99\frac{1}{4}$ bz
do. von 64	$4\frac{1}{2}$	$99\frac{1}{4}$ bz
do. von 50—52	4	$89\frac{1}{2}$ bz
do. von 53	4	$89\frac{1}{2}$ bz
do. von 62	4	$89\frac{1}{2}$ bz
Staats-Schuldscheine	$3\frac{1}{2}$	85 bz
Pr.-Anl. von 55 à 100	$3\frac{1}{2}$	$120\frac{3}{4}$ bz
Kr.- und Nm. Sch.	$3\frac{1}{2}$	$81\frac{3}{4}$ bz
Od.-Dchb.-Oblig.	$4\frac{1}{2}$	— —
Kur- u. Neum. Pfandbriefe	$3\frac{1}{2}$	79 bz
do. neue	4	88 bz
Ostpreußische Pfandbriefe	$3\frac{1}{2}$	$79\frac{1}{4}$ bz
do. "	4	$85\frac{7}{8}$ bz
Pommersche "	$3\frac{1}{2}$	$78\frac{7}{8}$ bz
do. "	4	$89\frac{1}{4}$ bz
Westpreußische Pfandbriefe	$3\frac{1}{2}$	$76\frac{3}{4}$ bz
do. "	4	$85\frac{1}{4}$ bz
do. neue	4	$84\frac{3}{4}$ B
do. do.	$4\frac{1}{2}$	$93\frac{1}{2}$ G
Preußische Rentenbriefe	4	90 G

Gold- und Papiergeld.

Friedrichsd'or	$113\frac{5}{12}$ bz	Dollars	$1.11\frac{1}{2}$ bz
Gold-Kronen	$9.7\frac{1}{2}$ G	Sovereigns	$6.22\frac{1}{4}$ bz
Louisd'or	111 G	Russische Bakn.	$81\frac{7}{8}$ bz
Napoleonsdor	5. $11\frac{1}{4}$ G	Polnische do.	— —

Herrenhaus.

Donnerstag, 17. Januar.

Am Ministertisch Minister Graf zu Eulenburg, Graf zur Lippe, v. Selchow, drei Regierungs-Commissare. Die Tribünen sind leer.

Vor der Tagesordnung erhält das Wort Minister des Innern Graf zu Eulenburg und überreicht den Entwurf eines Gesetzes betreffend die Aufhebung des Einzugsgeldes als Communalabgabe. Der Minister bemerkt, das Gesetz werde den Unterschied unter den Städten und dem glatten Lande ausgleichen und die letzte Schranke gegen die Freizügigkeit beseitigen. Beschleunigung sei bei der kurzen Dauer der Session wünschenswerth.

Das Gesetz geht an eine besondere Commission, welche nach dem Schlusse der Sitzung gewählt werden soll.

Das Vorfluth-Gesetz für Neuvorpommern und Rügen wird fast ohne Debatte nach den Commissions-Anträgen unter Zustimmung des Ministers für die landwirthschaftlichen Angelegenheiten angenommen.

Es folgt der Bericht der Finanz-Commission. über das Gesetz betreffend die Einführung der Klassensteuer an Stelle der Mahl- und Schlachtsteuer in der Stadt Wittstock.

Der Referent v. Katte beantragt Annahme des Gesetzentwurfes. Das Haus tritt dem Antrage ohne Debatte bei.

Letzter Gegenstand der Tagesordnung ist; das Gesetz betreffend die Regelung der direkten Besteuerung in Hohenzollern-Hechingen.

Referent v. Senfft-Pilsach beantragt Annahme des Gesetzes nach den Vorschlägen der Commission.

§§ 1—4 werden ohne Debatte angenommen. Zu § 5 befürwortet Hr. v. Bernuth die Annahme der Beschlüsse des Abgeordnetenhauses.

Justizminister Graf zur Lippe erklärt sich für Wiederherstellung der Regierungsvorlage.

Dr. Dernburg vertheidigt ein von ihm gestelltes Amendement, welches eine Vermittlung herzustellen sucht.

Nach einer sehr ausgedehnten Debatte, in welcher sich der Justizminister wie der Regierungs-Commissar gegen das Amendement erklärt, wird das letztere und zwar als ein besonderer Paragraph angenommen, ebenso § 5 der Regierungsvorlage, die übrigen Bestimmungen des Gesetzes ohne Debatte und schließlich das ganze Gesetz. Ueber Amendement Dernburg muß noch einmal abgestimmt werden. Nächste Sitzung unbestimmt.

Norddeutsches Parlament.

— In Meinersen will ein Zweig-Comite für die Wahl Miquéls im 14. Wahlkreise thätig sein.

— In Lüneburg wird für den 16. Bezirk von der einen Seite Staatsminister a. D. Erxleben, von der anderen Seite Stadtsyndikus Lauenstein als Kandidat aufgestellt.

— Das Wahlcomité in Buxtehude will für die Wahl Grumbrecht's im 17 Wahlkreise thätig sein.

— In Emden fand am 10. eine zahlreich besuchte Versammlung statt. Nach einer Ansprache des Kaufmanns C. Dantziger über das Programm des Comités, nach welchem nur ein Abgeordneter zu wählen. der die nationale Politik des Grafen Bismarck entschieden unterstützen, wählte man einstimmig den Konsul Y. Brons zum Kandidaten.

— Aus Schleswig-Holstein wird der „N. Z." unterm 13. Januar geschrieben: Dem preußenfeindlichen Kieler Parlaments-Wahlcomité, welches zuerst aus den Herren Professor von Treitschke, Kaufmann Schweffel und Professor Jessen-Hornheim bestand, sind nachträglich beigetreten: der neuernannte Professor der Geschichte Dr. Handelmann, der Hofbesitzer Classen-Dorfgarten und der Papierfabrikant Chr. Schliemann-Rastorf. — Als Kandidaten sind aufgestellt: der frühere Statthalter Beseler und Graf Reventlow-Pretz, General v. Moltke, die Amtmänner Kjer, Matthiessen und Hildesheimer, der Bürgermeister Boysen, Gutsbesitzer Schmidt-Windbye und Kaufmann Pustau. — Die Augustenburgische Partei ist gleichfalls mit der Aufstellung ihrer Kandidatenwahlliste schon im vollen Zuge. So sollen unter Andern im Sonderburg-Flensburg-Cappler Distrikt der Regierungsrath und Amtmann a. D. Kraus, im Distrikt Gottorp-Hütten-Stapelholm mit den Städten Schleswig, Eckernförde, Friedrichsstadt und Rendsburg und dem Flecken Arnis, der frühere Schleswiger Bürgermeister: darauf Augustenburgisch Gablenzscher Regierungsrath und jetziger Wandsbecker Justitiarius Reimers, in dem Wahlkreis. der Kiel zum Mittelpunkte hat, der Zimmermeister Cl. Riepen und im Distrikte Pinneberg-Rantzau der bekannte Staatsrath a. D. Francke aufgestellt werden, nachdem sich im letzterem Kreise der Versuch, die gemäßigteren früheren Anhänger des Prinzen von Augustenburg mit der preußischen Partei für eine Kandidatur des eben in jener Gegend aus Gründen früherer amtlicher Wirksamkeit persönlich sehr beliebten Obergerichtsrathes Mohrdiek in Glückstadt zu vereinigen, total zerschlagen hat. Auch von der Kandidatur des Pastors a. D. Schrader ist in den Augustenburgischen Kreisen vielfach die Rede. Einer der Koryphäen soll gesagt haben, man werde die holsteinischen Abgeordneten an der Seite der polnischen Fraktion treffen. — Nach den nordschleswigschen Blättern wird die dänischgesinnte Bevölkerung den früheren schleswigschen Stände-Abgeordneten Hans Krieger Bestoft und den bekannten Wortführer der Deputation nordschleswiger Dänenfreunde nach Berlin, den Gutsbesitzer Ahlmann, die deutsche Einwohnerschaft Nordschleswigs hingegen den Haderslebener Amtmann Kier als Parlaments-Kandidaten aufstellen. — Pastor Versmann in Itzehoe hat eine Kandidatur abgelehnt.

— Aus Hamburg hört man, daß dort Seitens der Demokratie wahrscheinlich Dr. Wex aufgestellt wird. Die Liberalen werden vielleicht den Volkswirthschafter Dr. Soetbeer und einen Kaufmann aufstellen.

— Eine Zusammenstellung der Kandidaturen im Königreiche Sachsen geben die „Chemnitzer Nachrichten." Es sind aufgestellt: in Zittau Abg. Riedel (liberal), Amtshauptmann von Gulschmid (konservativ); in Loban Advokat Mosig von Aehrenfeld (l.) Landesältester von Thielau (k.); in Bautzen Bürgermeister Eichel (k.) (von liberaler Seite angebl. Abg. Fahnauer); in Neustadt-Dresden Advokat Dr. Schaffrath (l.), Generalstaatsanwalt Dr. Schwarze (k.); in Altstadt-Dresden Advokat Kretzschmar (l.), Betriebsinspektor Tauberth (k.), in Tharand Advokat Dr. Schaffrath (l.), Oberforstrath Dr. v. Berg (k.); in Meißen Dr. Rentzsch in Dresden (l.) Rittergutsbesitzer v. Zehmen (k.); in Pirna Advokat Schreck (l.), Geheimer Regierungsrath Reuning in Dresden (k.); in Freiberg Stadtrath Sachße (k.); in Nossen Fabrikant Niethammer (l.), Gutsbesitzer Oehmischen in Choren (k.); in Oschatz Stadtrath Rose in Leipzig und Bürgermeister Dietel in Wurzen (l.), Rittergutsbesitzer Günther (k.); in Leipzig Bürgermeister Stephani (l.), Professor Dr. von Wächter (k.); im Gerichtsamt Leipzig I. und II. Dr. Joseph (l.), Dr. Heine (neuerdings genannt Kreis-Direktor v. Burgsdorff, Professor Müller, Professor Schletter in Leipzig) (k.); in Pregau Dr. Meischner (l.), Justiz-Roth Gebert (k.); in Limbach Gemeindevorstand Junguickel (l.), Bürgermeister Haberkorn in Zittau (k.); in Chemnitz Wedwitzer, Pornitz (l.), Professor Stöckhardt in Tharand (k.); in Glauchau Stadtrath Strauß (l.), Bürgermeister Martini (k.), in Zwickau Bürgermeister Streit (l.), Kreis-Direktor Uhde (k.), in Stollberg Dr. Minckwitz in Dresden Eli Evans (l.). Graf zur Lippe auf Thum (k.), in Zschopau Amtshauptmann v. Einsiedel in Annaberg (k.), in Annaberg Stadtrath Strauß (l.), Geh. Justizrath Herbig in Dresden (k.). in Kirchberg Pastor Heubner (l.), Rittergutsbesitzer Seiler (k.), in Planen Kaufmann Heubner (l.), Amtshauptmann Dr. Braun (?). Außerdem sind aufgestellt von den Lasalleanern für den 4. und 5. Wahlkreis Försterling, für den 16. Weiß in Limbach, von der Volkspartei im 5. Dr. Wigand, im 12. Schriftsteller Liebknecht, im 13. Arbeiter Fritsche, im 17. Bebel in Leipzig und im 18. Advokat Schraps in Dresden.

— In Weimar wo in einer Wahlversammlung am 13. neben Herren Fries noch die Hrn. Schüler und Snell vorgeschlagen waren, lehnte Hr. Schüler ab und eine überwiegende Majorität erklärte sich für Hrn. Fries.

— In Gotha hat der Minister v. Seebach jetzt entschieden erklärt, daß er eine auf ihn fallende Wahl nicht annehmen werde.

— Zu Lauterbach in Oberhessen erklärte man sich, gleich der Bevölkerung Hombergs und Kirtorfs, für die Wahl des Pfarrers Adolph Welker von Ober-Gleen.

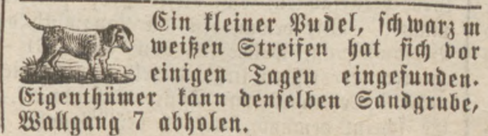
— Im Anhaltischen stellen die Konservativen den Minister Herrn v. Schätzell, die Liberalen den Kreisgerichtsrath Holzmann zu Köthen auf.

— In der am 10. d. M. zu Schlawe abgehaltenen General-Versammlung des conservativen Vereins für die Kreise Schlawe und Rummelsburg, wurden die Herren Graf Blumenthal-Jannewitz und von Denzin Lauenburg als Candidaten für den norddeutschen Reichstag vorgeschlagen: ersterer erhielt die Mehrheit der Stimmen. Möchte Hr. v. Denzin in einem andern Wahlkreise aufgestellt werden, damit die reiche Erfahrung dieses thätigen Vorkämpfers konservativer Interessen dem Reichstage nicht verloren gehe.

— Im Wahlkreise Stolp-Lauenburg werden die Candidaten für den norddeutschen Reichstag der Herr Landrath von Gottberg, von Denzin und von Bandemer-Gambin genannt.

Meine Rettung von den schrecklichen Leiden, welche ich mir in Folge von Onanie zugezogen hatte, verdanke ich einzig den Belehrungen des in der Schulbuchhandlung in Leipzig erschienenen vortrefflichen Buches, „Die **Selbstbewahrung**" von Dr. Retau (Preis 1 Thlr.) und empfehle es deßhalb allen in gleicher Weise Leidenden. Vorräthig in jeder Buchhandlung.

Dresden. **Moritz S......l.**



„Berliner Punsch."

Humoristisch-satyrisches Organ der conservativen Partei.

Redakteur: Wolfgang Bernhardi.

Dieses witzigste aller humoristischen Blätter erscheint wöchentlich mit einer Fülle politisch-satyrischer Gedichte, komischer Erzählungen, Epigramme und Illustrationen. Das Blatt, eine komische Weltgeschichte im vollsten Sinne, setzt seine Leser in den Stand, mit Witz und Behagen auf das politische Treiben zu schauen und sich über das Gebahren der Gegenparteien zu ergötzen, statt zu ärgern.

Abonnements-Preis: Vierteljährlich 26 Sgr.

Man abonnirt bei allen Post-Anstalten, Buchhandlungen, Zeitungsspediteuren, Zeitungsboten und in der unterzeichneten

Expedition des „Berliner Punsch", Berlin, Lindenstraße Nr. 116.

Tanz-Unterricht von Albert Czerwinski.

Mittwoch, den 2. Januar, begann ein neuer Cursus meines Tanzunterrichts für Anfänger und werden die Anmeldungen zu demselben in meiner Wohnung **1. Damm 2. Saal-Etage,** entgegengenommen. **Albert Czerwinski,** Mitgl. d. kaiserl. Tanz-Akademie zu Paris und Tanzlehrer in Danzig, 1. Damm 2, Saal-Etage.

Gefälligst zu beachten!

Wir empfehlen unser auf die solideste Basis gegründete Institut dem inserirenden Publikum zur **Uebertragung von Insertions-Aufträgen jeden Umfanges** und führen nachstehend die hierdurch erwachsenden Vortheile zur gefälligen Berücksichtigung an.

In Folge einer **direkten Geschäfts-Verbindung mit sämmtlichen Zeitungs-Expeditionen** sind wir **durch die uns von denselben günstigst gestellten Conditionen** in den Stand gesetzt, die uns überwiesenen Aufträge unter folgenden **billigen Bedingungen** auszuführen:

1. Unser **Grundprincip** ist, die uns übertragenen Ordres auf das **Prompteste** und **Reellste** zu effectuiren, d. h. **nur die Original-Preise zu berechnen.** — Auf besonderes Verlangen wird die **Original-Rechnung präsentirt.** 2. Porto oder Spesen werden **unter keinen Umständen berechnet.** 3. Bei größeren und wiederholten Aufträgen **entsprechenden Rabatt.** 4. **Belege** werden in allen Fällen für **jedes** Inserat von uns geliefert. 5. Eine **einmalige Abschrift** des Inserats genügt auch bei Aufgabe für **mehrere Zeitungen.** 6. **Sämmtliche** eingehenden Aufträge werden **stets noch am Tage des Eintreffens** nach allen Gegenden hin **expedirt.** 7. **Uebersetzungen** in alle Sprachen werden **kostenfrei** ausgeführt. 8. Bei Annoncen unter einer beliebigen Chiffre werden die uns zugehenden Offerten **ohne jede Provisions-Anrechnung** an die resp. Auftraggeber **pünktlichst übermittelt.** 9. **Strengste Geschäfts-Discretion bewahren wir in allen Fällen.** 10. **Kosten-Anschläge** werden bei umfangreichen Insertionen von uns bereitwilligst auf Wunsch **vorerst** aufgestellt. 11. **Correspondenz franco gegen franco.** 12. Unser **neuester** und **correctester**

Insertions-Kalender,

Verzeichniß sämmtlicher Zeitungen und Zeitschriften mit genauer Angabe der Auflagen und sonstigen für die Inserenten wichtigen Notizen, steht **gratis** zu Diensten.

Sachse & Co.

Zeitungs-Annoncen-Expedition.

Leipzig.

Westend.

Aktien-Zeichnungen für die Commandit-Gesellschaft „Westend" in Berlin werden bis zum 24. d. M. in meinem Comtoir Wollwebergasse Nr. 10 entgegen genommen.

Eine das Unternehmen ausführlich beleuchtende Brochüre, ist bei mir gratis zu haben.

H. Rotzoll.

Glänzendes Ergebniß einer vieljährigen ärztlichen Beobachtung.

Als Anhang zu den kürzlich bekannt gewordenen Belobigungs-Urtheilen Seitens **25 Königlicher Lazarethe** über die heilsame Wirkung der Johann Hoff'sche Malzfabrikate auf Kranke, Kraftlose und Reconvalescenten.

Der Königliche Sanitätsrath Herr Dr. **Tscherner** zu Hirschberg, ein sehr erfahrener und in seinem schweren Berufe unermüdlicher Arzt, der wie vielfach bekannt geworden, sich für seine Patienten sowohl beim Civil, als beim Militair fast aufgeopfert hat (nicht ohne die Genugthuung, durch seine Geschicklichkeit vielen Kranken zur Genesung geholfen zu haben), war vielmals in der Lage, seinen Patienten die für heilsam anerkannten Hoffschen Malzfabrikate zu verordnen. Ueber die gewonnenen Resultate giebt folgendes Schreiben Aufschluß:

An den Königl. Kommissionsrath und Hoflieferanten mehrerer Höfe, Herrn Johann Hoff in Berlin, Neue Wilhelmsstr. 1:

Hirschberg, den 14. November 1866.

„Seit einer Reihe von Jahren habe ich mich hinreichend von der außerordentlichen Wirksamkeit Ihres Malzextrakt-Gesundheitsbiers in der Reconvalescenz der verschiedensten Krankheiten genau überzeugt, und bin dadurch ein eifriger Bekenner nicht allein dieses Präparates, sondern auch aller von Ihnen erfundenen neuen Ernährungspräparate (Malz-Gesundheits-Chokolade, Brustmalzzucker und Bonbons) geworden.

Alljährlich im Herbst und Frühjahr leide ich selbst an einem Monate lang anhaltenden Katarrh bei dem ich jedoch seit 36 Jahren meine Praxis Tag und Nacht fortsetze. Seit einigen Wochen bin ich jedoch angegriffener als in anderen Jahren, weil ich in dem Königlichen Kriegs-Lazareth hierselbst drei Monate als ordinirender Arzt gewirkt habe. Aus diesem Grunde ersuche ich Sie um Zusendung von (u. s. w.) nebst Liquidation"

Dr. **Tscherner,** Sanitätsrath.

Wir setzen diesem Schreiben noch das des k. k. Gubernialraths und Protomedikus Herrn Dr. **Sporer** in Abbazia an die Seite:

Dieser Arzt hat, seiner eigenen Angabe gemäß, seine Tochter durch den ihr vorgeschriebenen Genuß des Hoffschen Malzextraktes von dem mit Besorgniß erwarteten Hinscheiden gerettet. Er machte ferner bei seinen Patienten einen sehr umfangreichen Gebrauch von den Hoffschen Heilnahrungsmitteln und wendete, von einem lang andauernden Husten heftig geplagt, an sich selbst noch die Hoffsche Malz-Gesundheits-Chokolade und die Hoffschen Brust-Malzbonbons an. „Wie heftig" — so schreibt er — „mein Katarrh sich auch zeigte, so wich er doch nach dem Genuß dieser Fabrikate." — „Ich empfand eine Erleichterung, wie noch nie, und meine Lunge war neu gekräftigt."

Von den weltberühmten patentirten und von Kaisern und Königen anerkannten Johann Hoff'schen Malzfabrikaten:

Malzextrakt-Gesundheitsbier, Malz-Gesundheits-Chokolade, Malz-Gesundheits-Chokoladen-Pulver, Brustmalz-Zukker, Brustmalz-Bonbons u. s. w., halte ich stets Lager.

Zu haben in Danzig in der General-Niederlage von **A. Fast u. F. E. Gossing,** Jopengasse 17.

Petschafte und Wäschestempel

mit 2 Buchstaben für jeden Namen passend, so wie Kupferschablonen zum Wäschezeichnen in gothisch und lateinischer Schrift, Cotillon-Orden u. Peitschen, Tanz-Ordnungen in größter Auswahl, sind stets vorräthig bei **J. L. Preuss, Portechaisengasse 3.**

Angemeldete Fremde am 17. Januar 1867.

Hotel zum Kronprinzen. Die Herren: Rittergutsb. Heine a. Felgenau, Ziehm a. Gudden, Balzer a. Olchofken, Frost a. Matewo, Fabrikant Brandt a. Wilhelmsbruk, Kaufl. Krohne u. Simon a. Magdeburg, Burhhardt a. Mohrungen, Winkelmann a. Potsdam, Kliewer u. Dormitzer a. Berlin.

Walters Hotel. Die Herren: Reg.-Rath a. D. u. Rittergutsbesitzer v. Bülow a. Brück, Rittergutsbesitzer Schröder a. Gr. Paglau, Kreis-Gerichts-Direktor Behnius a. Carthaus, Amtmann Horn a. Oslanin, Gutsbesitzer Klingsporn a. Pheskeu, Kaufl. Szamatolski a. Posen, Szamatolski a. Pinne, Loebel u. Hitzig a. Berlin, Burau a. Nehda.

Hotel du Nord. Die Herren: Justizrath Droste a. Pr. Stargardt, Kaufl. Sist a. Gleiwitz, Mochardt a. Sartawitz, Fr. Rittergutsbesitzer Gerlich u. Frl. Tochter a. Bankau.

Schmelzers Hotel drei Mohren. Die Herren: Rittergutsb. Hehring a. Mirau, Kaufl. Schäfer a. Hag, Dael a. Mainz.

Hotel de Berlin. Die Herren: Rittergutsbesitzer Schwendig a. Kl. Golmkau, Kaufl. Böcker a. Hagen, Paetsch a. Frankfurt a. O., Ernst u. Thormann a. Berlin.

Stadttheater zu Danzig.

Sonntag, den 20. Januar 1867. (Abonnements-Vorstellung). **Die beiden Schützen.** Komische Oper in 3 Akten von Lortzing. Vorher: **Die Hochzeitsreise.** Lustspiel in 2 Akten von Benedix.

Montag den 21. Jan. 1867. **Die alte Schachtel.** Posse mit Gesang in 3 Akten von Pohl.

Donnerstag, den 31. Januar 1867 wird, wie wir erfahren, zum Benefiz für Fräulein Lehnbach „Mutter und Tochter" oder: ein Opfer kindlicher Liebe, Schauspiel in 4 Akten nach dem Französischen von*** zur Aufführung kommen und dürfte die junge Künstlerin, die durch Fleiß und Strebsamkeit sich die Liebe des Publikums erworben, eine sehr gute Wahl getroffen haben.

Mehrere Theaterfreunde.

Druck und Commissionsverlag von A. W. Wendt in Danzig.

Redigirt unter Verantwortlichkeit des Verlegers.